

## Was wir machen

Uns genügt es nicht zu jammern und darüber zu schimpfen wie es ist. Wir wollen gemeinsam mit anderen, denen es ebenso reicht, aktiv gegen den Status quo auftreten und organisieren dafür eine bundesweite Konferenz der Gewerkschaftslinken. Es gilt unsere Erfahrungen auszutauschen, uns zu vernetzen und konkrete Aktionen gegen diese Regierung und ihre verlogene Politik zu organisieren.

Als internationaler Gast wird Bernd Riexinger (ver.di Stuttgart; aktiv in der bundesdeutschen Streikbewegung) an der Konferenz teilnehmen. Ebenso haben Barbara Blaha (ÖH-Vorsitzende) und VertreterInnen von Arbeitsloseninitiativen ihre Teilnahme zugesagt.

Wir planen eine Podiumsdiskussion und Workshops zu verschiedenen Arbeits- und Sozialpolitischen Themen. Unser Ziel ist v.a. eine Orientierung auf gemeinsame Aktionen, die zeigen können, dass es Kolleginnen und Kollegen gibt, die nicht aufgegeben haben und tatsächlich bereit sind sich gegen den neoliberalen Wahnsinn zu wehren! Wir laden alle herzlichst dazu ein sich an der Konferenz zu beteiligen! Kommt zu unseren Treffen ([www.gewerkschaftsplattform.org](http://www.gewerkschaftsplattform.org))!

## Was wir wollen

- Wir wollen GewerkschafterInnen im Parlament, die die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder vertreten! Darum haben wir eine Email-Kampagne gestartet ([www.gewerkschaftsplattform.org](http://www.gewerkschaftsplattform.org)). Schickt euren Protest an die Abgeordneten, die Mitglieder des FSG sind. Sagt ihnen, was ihr von ihnen erwartet!
- Wir wollen eine tatsächliche Trendwende und haben es satt uns mit Worthülsen von Apparatschiks abspeisen zu lassen!
- Wir wollen kämpferische und demokratische Gewerkschaften!

# Gemeinsam gegen Sozialraub!

Plattform für  
kämpferische & demokratische  
Gewerkschaften

bundesweit überfraktionell in verschiedenen Branchen

## Die politische Krise des ÖGB

Der ÖGB mit seinem hohen Organisationsgrad (1,3 Mio.) stellt einen realen Machtfaktor dar. Seine Mitglieder haben mehr als einmal bewiesen, dass sie bereit sind gegen die asozialen Begehrlichkeiten der (einfluss)reichsten Teile unserer Gesellschaft aufzutreten. Die Streiks gegen die Pensions"reform", der ÖBB-Streik u.a. haben das hinlänglich bewiesen. Die von der Basis abgehobene Führung hat unsere Solidarität aber regelmäßig für ihre egoistischen Ziele missbraucht und verraten.

Als in Folge des Bawag-Skandals klar wurde, wie tief Teile der Spitze in finanzkapitalistische Machenschaften verstrickt waren, wurde für viele deutlich, welche Gefahren von einer solchen Führung für die Gewerkschaftsbewegung ausgehen. Der Schock saß tief. Schnell gingen so manche "KollegInnen" auf Distanz zu Verzetnitsch und Co um sich ihre Hände in Unschuld zu waschen.

Die Basis wurde auf den 16. Bundeskongress vertröstet und es begann ein Gerangel unter den Einzelgewerkschaften. Diejenigen, die es sich richten konnten, nutzten die Krise um die Karriereleiter hinaufzusteigen. Bei all dem Treiben wurde allerdings peinlich darauf geachtet, dass sich die Politik des "ÖGB-neu" nicht vom bisherigen Kurs unterscheidet.

So blieb der ÖGB eine undemokratische Organisation, deren Führung sich gegen die Interessen seiner Mitglieder dem "sozial-partnerschaftlichen" Kuschelkurs auf ewig verpflichtet zu fühlen scheint. Selbst das zynische Koalitionsübereinkommen der Regierung Gusenbauer wurde als "soziale Innovation" (fsg-direkt; Mitgliederzeitung) und "Trendwende" (Haberzettl) begrüßt!

## Was wir brauchen

Spätestens jetzt muss uns allen klar sein, dass die Führung des ÖGB weder willens noch fähig ist gegen die Angriffe auf unsere Lebensbedingungen ernsthaft Widerstand zu mobilisieren. Solange dem so ist, können sich Bartenstein, Molterer & Co zufrieden zurücklehnen und Alfred Gusenbauer Kanzler spielen lassen.

Nur unser gemeinsamer Kampf gegen die Abzocker in Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung, aber auch organisierter Druck von unten auf die gewerkschaftliche Führung kann verhindern, dass der ohnehin schon schwer beschädigte Sozialstaat zerschlagen wird.

Unsere Stärke ist die Solidarität und die hohe Mitgliederzahl. Unsere Methoden müssen sich von Fall zu Fall an der jeweiligen Situation orientieren und reichen von Protestmails, Demonstrationen, Protestveranstaltungen in den Betrieben bis hin zum Streik.

Die künstliche Trennung zwischen Arbeitslosen und (noch) Beschäftigten muss überwunden werden. Hier könnten gemeinsame Protestaktionen vor Einrichtungen des AMS sowie gemeinsame Veranstaltungen von Gewerkschaften und Arbeitsloseninitiativen einen Beitrag leisten! Die Rolle der Gewerkschaften in den Beiräten muss überprüft und wo nötig korrigiert werden.

**Gemeinsam gegen Sozialraub!**

**Nein zum Budgetentwurf der Regierung!**

Email-Kampagne auf

[www.gewerkschaftsplattform.org](http://www.gewerkschaftsplattform.org)

## 2. Bundesweite KONFERENZ der GEWERKSCHAFTSLINKEN

Mit Bernd Riexinger/ VERDI.

Termin : Sa. 19.Mai 2007

von 10-16 Uhr

Ort: Saal der AK-Wien 1040 Theresianumg. 16-18

KV-Verhandlungen müssen in Abstimmung mit den Belegschaften geführt werden. Gerade während solcher Verhandlungen sollte alles vorbereitet sein um wo nötig erfolgreich zu Protestversammlungen und Streiks mobilisieren zu können. Die lahme Führung wird dazu aber nur ungern aufrufen, da sie ihre Rolle als Verhandlungsführerin nicht aufgeben will und die Selbstständigkeit der Basis fürchtet!

Daher müssen wir uns organisieren und die KollegInnen, egal in welchen Branchen sie tätig sind, unterstützen. Den VerhandlerInnen der Gewerkschaften muss gezeigt werden, was wir von ihnen halten und was wir unter konsequenter Gewerkschaftspolitik verstehen.

### Wohin es gehen muss, aber...

Ziel des gewerkschaftlichen Engagements muss die Verbesserung unserer Lebensbedingungen sein! Dazu muss mit der heuchlerischen "Sozialpartnerschaft" endgültig gebrochen werden. Wir Lohnabhängigen haben andere Interessen, als diejenigen die sich an unserer Arbeitsleistung bereichern! Daher haben wir auch andere Ziele als sie und brauchen eine Führung, die in diesem Sinne agiert! Diese schaut aber v.a. auf sich selbst und wird uns weiterhin verraten. Dies gilt insbesondere für diejenige GewerkschafterInnen, die in diesen Tagen im Parlament dem Budget zustimmen werden.